Zum Artikel „Stillstand und Verhinderung, das ist mit mir nicht zu machen“ vom 6./7. Oktober:

Herr Rappe stellt die Sachverhalte irreführend und unvollständig dar. Mit seiner Wortwahl und den scharfen Attacken versucht er Druck auf den Landkreis und den Kreistag auszuüben. Beide sollen ihren Kopf für eine Genehmigung hinhalten, die K+S erstellt hat und ihnen freie Hand lässt. Rechtlich kritische Themen sollen unter den Tisch fallen.

Dazu einige Beispiele:

K+S hat das LBEG *[Landesamt für Bergbau, Anm. d. Red.]* und die Kreisverwaltungen informiert, dass Grundwasser durch die Neuhalde belastet wird. Einen Antrag für eine Erlaubnis haben sie nicht gestellt. Dies steht im Widerspruch zum Wasserhaushaltsgesetz. Auch spielt die Verschmutzung des Grundwassers durch die Althalde in ihren Betrachtungen keine Rolle. Alle Konzepte für Haldenabdeckungen haben bisher nicht funktioniert. Gleichzeitig verweigert sich K+S jedem konstruktiven Vorschlag. Das von K+S beantragte Neuhaldenkonzept soll zu einer Verbesserung der Innerste führen. Die gewählten Abdeckungsmethoden sind allerdings noch nicht erforscht und es ist fraglich, ob sie ihren Nutzen bringen. K+S hat bestätigt, dass während des Betriebes, und somit für 60-70 Jahre (und nicht wie immer behauptet nur acht Jahre), mehr Produktionsabfälle eingeleitet werden als in den letzten 30 Jahren. Ja, sie haben bestätigt, dass dies eine temporäre Verschlechterung ist, denn die Innerste wird in dieser Zeit mehr Chlorid führen als die aktuellen 140 Milligramm pro Liter. Die Gesetze um das Verschlechterungsverbot schließen eine kurze temporäre Verschlechterung nicht grundsätzlich aus. Man braucht aber kein Verschlechterungsverbot, wenn man einem Unternehmen 60-70 Jahre erlaubt, sich daran nicht zu halten.

K+S hat sich immer sehr zurückhaltend zu Gewerbesteuerzahlungen geäußert. Auch Herr Lücke *[Gemeindebürgermeister von Giesen, Anm. d. Red.]* geht davon aus, dass da nichts kommt. Das Argument Jobs ist bei der aktuellen Arbeitsplatzlage hinfällig. Im geplanten Gewerbegebiet Nord/Hildesheim werden mindestens genauso viele neue Jobs entstehen. Die dort entstehende heterogene Industrielandschaft wird per se krisensicherer sein als die Konzentration auf einen Großkonzern, der im weltweiten Wettbewerb steht. Wie der Leiter der Handwerkskammer berichtet hat, wird sich K+S ihre Fachkräfte bei ortsansässigen Betrieben suchen, was sicher keinen positiven Effekt für diese hat.

Während der Betriebsphase sind nur geringe Kontrollen oder nur eine Selbstkontrolle geplant. Richtlinien wie die „Arbeitshilfe Abwasser“ des Bundesinnenministerium sollen nicht zur Anwendung kommen. Genauso wird vom Bergamt die Einrichtung einer Schiedsstelle nicht unterstützt. Anwohner sollen so gar nicht in die Lage versetzt werden, ihren Anspruch auf eine saubere Umwelt durchsetzen zu können. Im Sinne des Bergamtes ist aber die Einrichtung eines „Sorgentelefons“ bei K+S, an welches man sich wenden kann, wenn es mal Kummer gibt.

Die Landesregierung, die diese Vorgehensweise unterstützt, versucht hier ganz offen, die Position des Betreibers auf Kosten der Anwohner zu stärken. Dazu sind sie auch bereit, jeden offenen, sachlichen Dialog zu unterbinden. Die Landesregierung stellt heraus, ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt zu haben. Im gleichen Atemzug fegen sie aber alle Vorschläge der Anwohner vom Tisch. Den zusätzlichen LKW-Verkehr, die massiven Verwehungen und nicht zuletzt die Belastungen aus dem Wetterschacht werden dabei geschickt kaschiert. Niemals hat die Landesregierung den Eindruck hinterlassen ernsthaft klare Vorgaben zum Nutzen der Anwohner in Erwägung zu ziehen. Herr Rappe, Herr Westphal und Herr Brinkmann setzen sich sogar über einen Parteitagsbeschluss der SPD hinweg, bei dem ein Kalibergbau ohne neue Halden für möglich erklärt wurde.

Dass die BI-Giesen-Schacht sich gegen das Projekt sperrt, ist falsch. Wir begrüßen die Ansiedlung, wenn der Lebensraum für uns Anwohner nicht eingeschränkt wird. Wir raten die Ansiedlung zu entmystifizieren und eine nüchterne Betrachtung vorzunehmen. Die Gemeinde Giesen und der Landkreis Hildesheim haben tolle Alternativen und sind auf ein Unternehmen, welches kein Entgegenkommen zeigt, nicht angewiesen.

Dass Herr Rappe sich dafür einsetzt, ein Regionalparlament zu entmachten, ist sicher seiner persönlichen Lebenserfahrung geschuldet. In Zeiten von Umbruch und Politikverdrossenheit die Forderung aufzustellen, solche einschneidenden Prozesse mit alten autokratischen Methoden durchzudrücken, ist gefährlich und kann zu massiven politischen Verwerfungen führen.

Auch wenn wir unterschiedlicher Auffassung sind, K+S und die handelnden Politiker waren bisher um einen Dialog bemüht. Mit den persönlichen und unsachlichen Angriffen von Herrn Rappe wurde diese Ebene verlassen. Wir möchten allen raten, sich wieder zurück zu nehmen. Ein harter inhaltlicher, demokratischer Dialog ist in Ordnung. Wir sollten aber nicht den Weg der gegenseitigen Diffamierung einschlagen und mit platten Parolen zur Frontenbildung aufrufen.

Dirk Fietz,
BI Giesen Schacht